
Deutschland von außen:
Europäische und transatlantische Wahrnehmungen
in historischer Perspektive

VON
PROFESSOR DR. JÖRN LEONHARD
ALBERT-LUDWIGS-UNIVERSITÄT FREIBURG

31. Jahrestagung der Deutschen Nationalstiftung:
„Perspektivwechsel: Wie wir gesehen werden
und was von uns erwartet wird.“

Berlin, 25. November 2025

1. Einleitung

Seine Lebenserinnerungen „Fünf Deutschland und ein Leben“ leitete der deutsch-amerikanische Historiker Fritz Stern 2006 mit einer Anekdote ein: „Als Charles de Gaulle im Winter 1944/45 zum ersten Mal nach Russland reiste, besuchte er auch Stalingrad, den Schauplatz des weitesten Vorstoßes und der größten Niederlage der deutschen Wehrmacht ... Wie man erzählt, soll er in den Ruinen von Stalingrad gegenüber einem Begleiter geäußert haben: ‚Quel peuple!‘ Der Dolmetscher erkundigte sich: ‚Meinen Sie die Russen?‘ ‚Nein‘, sagte de Gaulle, ‚die Deutschen‘.“ Das „lakonische Urteil des Generals an diesem Ort der Zerstörung“ sage, so Stern weiter, „viel über das deutsche Drama des letzten Jahrhunderts, das er klar erfasste. De Gaulle habe, so Stern, „die tiefe Zwiespältigkeit“ erkannt, „die der Größe Deutschlands eigen ist.“

Die von Stern ausgewählte Erzählung beleuchtete nicht nur für das deutsch-französische Verhältnis ein Wechselspiel aus Nähe und Distanz, Faszination und Abstoßung, Annäherung und Konflikt. Es grundierte die komplizierten Beziehungen zwischen Deutschland und den beiden wichtigsten europäischen Mächten Frankreich und Großbritannien sowie dem seit dem Ende des 19. Jahrhunderts immer wichtigeren transatlantischen Machtzentrum, den Vereinigten Staaten. Die folgenden Ausführungen skizzieren Leit motive in den Wahrnehmungen Deutschlands durch diese drei Gesellschaften. Welche historischen Kontexte waren für Wahrnehmungen Deutschlands seit dem 19. Jahrhundert

konstitutiv?

2. Faszination und Abstoßung, Emotion und Kalkül: Französische Deutschland und deutsche Frankreichbilder

Der Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland kommt in der neueren und neuesten Geschichte Europas eine konstitutive Bedeutung zu. Sie äußerte sich über Jahrhunderte als eine miteinander verwobene Konflikt- und Beziehungsgeschichte und mündete im langen 19. und im kurzen 20. Jahrhundert in eine von Kriegen geprägte Gewaltgeschichte. Zugleich aber gab es immer auch die gegenseitige Wahrnehmung als Vorbild und Motor fortschrittlicher Entwicklungen. Die gegenseitige Wahrnehmung war über weite Strecken von einer besonderen Ambivalenz aus Konflikt und Faszination, und Abgrenzung und Transfer gekennzeichnet. Diese Elemente schlossen sich keinesfalls aus, sondern standen immer wieder komplementär zueinander und bedingten sich gegenseitig. Insofern stellt sich die deutsch-französische Geschichte als eine „histoire croisée“ dar, die sich nicht allein aus dem Vergleich isolierter Geschichten erschließt, sondern erst aus verdichteten Interrelationen, gegenseitigen Bezügen und Rückkopplungen.

Das Alte Reich markierte in den französischen Politikkonzeptionen seit dem 17. Jahrhundert ein territoriales Vorfeld, das zahlreiche militärische Interventionen motivierte und weit über das Konzept der „limites natu-

rels“ unter Ludwig XIV. hinauswies. Doch in bloßem militärischem Antagonismus gingen solche Wahrnehmungen nicht auf, wie die intensive französische Auseinandersetzung mit dem neuartigen Effizienzkriterium des preußisch-friederizianischen Staates im 18. Jahrhundert dokumentierte.

Die Französische Revolution und die nachfolgende Herrschaft Napoleons verdichteten und beschleunigten diese Beziehungsgeschichte. Auf französischer Seite registrierten viele in die benachbarten deutschen Territorien emigrierten Aristokraten wahlweise die Rückständigkeit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation jenseits des Rheins oder betonten die deutsche Gastfreundschaft und die Solidarität zwischen den Adligen beider Gesellschaften.

Aus deutscher Perspektive war die Auseinandersetzung mit den französischen Revolutionsphasen seit 1789 mit der Erfahrung verknüpft, dass und wie sich Revolution und kriegerische Machtexpansion miteinander verbanden. Der Blick auf die politischen Möglichkeiten Frankreichs nach der von Napoleon erzwungenen Auflösung des Heiligen Römischen Reichs bezog sich dabei nicht allein auf die Schaffung des Rheinbundes und das Ziel, auf diesem Wege abhängige Machtbeziehungen zu etablieren, sondern auch auf den Export fortschrittlicher Revolutionserreignissen wie zumal des Code Civil, ohne die sich die Geschichte des reformorientierten „Dritten Deutschland“ in den ehemaligen Rheinbundstaaten jenseits von Preußen und Österreich nach 1815 nicht erfassen lässt.

In den Kontext der Revolution und Napoleons fiel auch das für lange Zeit einflussreiche Buch der Madame de Staël „De l'Allemagne“, das im Schlüsseljahr 1813 erschien. Darin unterschied sie im eigenwilligen Rückgriff auf ältere Motive der Klimageschichte zwischen einem katholisch traditionalistischen Süden, der ihr träge und immobil erschien und dem sie unterstellte, den wirtschaftlichen Fortschritt zu behindern, und einem protestantischen Norden mit Pressefreiheit und einem insgesamt höheren kulturellen Niveau. Der Pluralismus und die binäre Struktur der Deutschlandbilder spiegelten sich auch in ihrem Blick auf Preußen, das für sie eine militärische und philosophische Dimension aufwies.

Obwohl sich die deutsch-französische Beziehungsgeschichte bis 1815 und erneut seit den 1860er Jahren unter dem Eindruck von Gewalterfahrungen und dichotomisch zugespitzten Positionierungen entwickelte, blieb immer auch Raum für andere Vorstellungen. Exemplarisch zeigte sich das an der Katastrophe des friderizianischen Preußen, das in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt 1806 gegen das napoleonische Frankreich unterging. Daraus entstand ein besonderer Zusammenhang von Kriegsniederlage und Reformimpuls, der sich 1870/71 auf französischer Seite wiederholen sollte. Niederlagen wirkten in diesem Sinne als Zwang zur Beschäftigung mit dem anderen, von dem man lernen musste, um zukunftsfähig zu bleiben. So argumentierte der preußische Staatskanzler Hardenberg in seinem Rigaer Memorandum nach der Niederlage von 1806 für eine preußische „Revolution im guten Sinne des Wortes“. Nach der Niederlage von 1871 wiederum

argumentierte Ernest Rénan, dass Sedan das französische Gegenstück zu Jena werden müsse, um die Regeneration der französischen Gesellschaft zu ermöglichen.

Für die politische Kultur der Dritten Französischen Republik seit 1871 wurde die Erinnerung an die an das Deutsche Reich verlorenen Provinzen Elsass und Lothringen zu einer Selbstversicherung. Die Zuspitzung des Gegensatzes zwischen den französischen „Ideen von 1789“ und der deutschen „Ideen von 1914“ zu Beginn des Ersten Weltkriegs war ohne diese Vorgeschichte nicht zu erklären. Aus französischer Sicht markierte vor allem Jacques Bainvilles „Geschichte zweier Völker“ von 1915 den Versuch, Deutschland und Frankreich historisch und ihrer zivilisatorischen Position voneinander abzugrenzen. Die Gewalterfahrungen und die Frage nach der aktuellen Relevanz historischer Unterschiede blieben ein Kristallisationspunkt für zeitgenössische Selbstpositionierungen beider Gesellschaften. Der Konflikt zwischen Thomas und Heinrich Mann, zwischen dem „Zola“-Essay des frankophilen Heinrich Mann 1915 und den „Betrachtungen eines Unpolitischen“ seines Bruders 1918, zwischen der Orientierung am westeuropäischen Politik- und Demokratiemodell und dem Beharren auf einem vermeintlich antipolitischen Rückzug auf Kultur und Mittellage Deutschlands war ohne den Hintergrund der Auseinandersetzung mit Frankreich unvorstellbar.

Wie stark der Moment von 1871 in der französischen Politik nachwirkte, zeigte sich 1919 im Kontext der Pariser Friedenskonferenz. Bereits der 18. Januar 1918 war kein

zufällig gewähltes Datum. So wie der im Sommer 1919 für die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags gewählte 28. Juni an die Schüsse von Sarajewo am 28. Juni 1914 erinnerte, bestimmte die französische Regierung für die formale Eröffnung der Friedenskonferenz genau den Tag, an dem 48 Jahre zuvor, am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles, am historischen Zentralort des monarchischen Frankreich also, das Deutsche Kaiserreich proklamiert worden war. Dem entsprach der von Anfang an geschichtspolitisch stark aufgeladene Rekurs der französischen Seite auf die deutsch-französische Konfliktkomponente. Aus dieser Perspektive erschien der Weltkrieg als ein deutsches Verbrechen an der Menschheit, und die Friedenskonferenz musste als Welttribunal die notwendige Konsequenz aus dem angeblichen Verhängnis des deutschen Nationalstaates und seines aggressiv-militaristischen Charakters ziehen.

Dahinter stand in den Jahren seit 1918 eine schmerzliche Erfahrung der französischen Politik: Denn letztlich überlebte der deutsche Nationalstaat von 1871 das Ende des Weltkriegs, den Untergang der Hohenzollern und die Bestimmungen der Pariser Friedenskonferenz, weil sich Großbritannien und die Vereinigten Staaten einer territoriale Zerschlagung Deutschlands im Sinne einer Rheinbündisierung oder einer von Frankreich unterstützten Erosion der territorialen Integration der neuen deutschen Republik durch Separatismusbewegungen entgegenstellten. Am Ende blieb Frankreichs Blick auf Deutschland in den 1920er und 1930er Jahren ganz wesentlich von ungelösten Sicherheitsproblemen bestimmt. Das zeigte

sich in den Versuchen, bis zur Eskalation der Ruhr-Besetzung 1923 doch noch die 1919 nicht erreichten Ziele zu verwirklichen, danach in der Annäherung zwischen beiden Ländern im Sinne einer Sicherheitspartnerschaft, die im persönlichen Vertrauensverhältnis zwischen Gustav Stresemann und Aristide Briand 1925 die Locarno-Verträge ermöglichten sowie schließlich im Projekt der Maginot-Linie zur Abwehr eines neuen deutschen Angriffs. Den Krieg der Zukunft stellte man sich im Kern als gigantische Wiederholung der Schlacht von Verdun 1916 vor, was die fehlende Vorbereitung Frankreichs auf den Krieg von 1940 mit erklärte.

Zugleich gab es neben den Motiven der deutschen Verbitterung, der ungelösten französischen Sicherheitssituation und der beiderseitigen Revanchismen immer wieder die positive Bezugnahme und die Differenzierung zwischen hoher Politik und individueller Erfahrung. In seinem Buch „Le couple France-Allemagne“ argumentierte Jules Romain 1934, dass beide Länder trotz aller Unterschiede aufgrund der geopolitischen Situation aufeinander angewiesen seien, um den Frieden in Europa gemeinsam zu sichern. Auch Jean Renoirs Film „La Grande Illusion“ von 1937 suchte die Spirale von historischen Belastungen und emotionalen Zuspitzungen nationaler Gegensätze zu überwinden, indem er die Geschichte von zwei Adligen aus beiden Ländern erzählte, die im Laufe der Erzählung Gemeinsamkeiten entdeckten und daraus ein tieferes Verständnis für den jeweils anderen entwickeln konnten. An diese Motive knüpfte 1945 Joseph Rovans „Zwei Völker, eine Zukunft“ an. Als programmatischer Gegenentwurf zu

Bainvilles Buch von 1915 versuchte, aus den traumatischen Erfahrungen zweier Weltkriege den Zwang zur Kooperation abzuleiten.

Nach der Erfahrung von zwei Weltkriegen trat an die Stelle von politischer Rivalität, Hegemonialstreben und kriegerischen Konflikten eine in ihren Wirkungen und angesichts der historischen Belastungen einzigartige Phase intensivierter Annäherung und Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich. Sie stand auch im Zeichen einer geschichtspolitisch akzentuierten Aussöhnung. Zugleich vollzog sich die Überwindung des historischen Konflikts zwischen Frankreich und Deutschland nach 1945 vor einem besonderen politischen und internationalen Hintergrund. Dazu zählten die traumatischen Erfahrungen des Nationalsozialismus in Deutschland und der Vichy-Vergangenheit in Frankreich, nach 1945 zumal die Bedingungen des Kalten Krieges, der französischen Dekolonisation und dem Wandel des Großmachtstatus, der deutschen Teilung sowie der europäischen Integration.

Der am 22. Januar 1963 in Paris unterzeichnete Élysée-Vertrag zwischen Präsident de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer markierte den Höhepunkt einer ersten, frühen Phase dieser veränderten Beziehung zwischen Frankreich und der Bundesrepublik nach 1945. Der Élysée-Vertrag, abgeschlossen ein Jahr nach den Evian-Verträgen, mit dem die Dekolonisation Algeriens unwiderruflich geworden war, signalisierte für beide Länder die Suche nach neuen Handlungsspielräumen. Die Kooperation im Zeichen der

historischen Aussöhnung fand in den beiden Persönlichkeiten von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle als Repräsentanten ihrer von der Gewaltgeschichte geprägten Generation einen sichtbaren Ausdruck. Aber die symbolische Dimension ging weit darüber hinaus und verweist schon damit auf einen besonderen Zusammenhang von Nationen und Emotionen. Erinnert sei an Norbert Elias, der den Wandel von Affekten, Emotionen und Verhaltensweisen in das Blickfeld der Historiker rückte, und vor allem an Max Webers Aufforderung, die „Gemeinschafts- und Solidaritätsempfindungen“ für die Nation in ihren jeweiligen Ursprüngen, Entstehungskontexten und im Handeln der Beteiligten zu rekonstruieren und zu erklären.

Die emotionale und symbolische Aufladung des Politischen trat in der deutsch-französischen Beziehungsgeschichte seit 1963 mindestens in der offiziellen Inszenierung immer deutlicher hervor. Der Élysée-Vertrag war dabei nur ein Teil einer bewusst inszenierten Annäherung zwischen beiden Gesellschaften. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an den programmatischen Versöhnungsgottesdienst in der französischen Krönungskathedrale von Reims am 8. Juli 1962, der der Zeremonie der Vertragsunterzeichnung nicht zufällig vorangestellt war. Um das Zeitalter der ideologischen Extreme und die Exzesse der verflochtenen Gewaltgeschichten zu überwinden, wurde der katholische Universalismus im Zeichen von Abendland, Alteuropa und Karl dem Großen zu einem entscheidenden Referenzpunkt.

Es bedurfte jedenfalls mehr als eines diplomatischen

Vertragswerks, und die Personalisierung und Visualisierung der Politik war insofern auch eine Antwort auf diese besondere Herausforderung in zunehmend medial integrierten Gesellschaften.

Nicht zufällig denken und kommunizieren wir die Beziehungsgeschichte Deutschlands und Frankreichs in suggestiven Paarbeziehungen: Briand-Stresemann, de Gaulle-Adenauer, Giscard-Schmidt, Mitterrand-Kohl. Der konkrete Inhalt der Vereinbarungen von 1963, von der Etablierung einer ständigen Konsultation und dauerhaften Zusammenarbeit in der Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts-, Entwicklungs-, Kulturpolitik sowie vor allem in der Schul- und Jugendpolitik, der Vereinbarung regelmäßiger Treffen der Staats- und Regierungschefs sowie der Minister für Äußeres, Verteidigung und Jugendfragen bis hin zur Gründung des Deutsch-Französisches Jugendwerks, verfestigte im europäischen Vergleich eine Sonderbeziehung zwischen beiden Staaten. Die symbolische Ergänzung des Vertrages am 22. Januar 1988 durch François Mitterrand und Helmut Kohl in einem Zusatzprotokoll sah die Errichtung eines deutsch-französischen Rates für Verteidigung und Sicherheit sowie eines Finanz- und Wirtschaftsrates zur engeren Koordination dieser Politikbereiche zwischen beiden Ländern vor.

Doch immer blieben diese exekutiven und institutionellen Aspekte von besonderen, symbolischen Inszenierungen des Politischen begleitet. Die ikonischen Bilder von de Gaulle und Adenauer in der Kathedrale von Reims 1962 ergänzte 1988 das Treffen Mitterands und Kohls am deutsch-

französischen Schicksalsort von Verdun

Dass der Mauerfall 1989, also im Jahr des Zweihundertjahrfeiern der Französischen Revolution, stattfand, erlaubte es vielen Franzosen, die Revolution der Ostdeutschen zunächst in einen großen historischen und gesamteuropäischen Zusammenhang einzuordnen. Aber schon bald mischten sich auch neue Ängste in die euphorischen Reaktionen, und am 16. November 1989 fragte der *Nouvel Observateur*, ob man wieder Angst „vor den neuen Deutschen“ haben müsse. Der Mauerfall und der plötzlich vorstellbare Weg zur deutschen Einheit stellte die Politik der geschichtspolitischen Emotionen zwischen Bonn und Paris jedenfalls auf eine Probe, wie auch der demonstrative Staatsbesuch des französischen Staatspräsidenten Mitterrand in Ost-Berlin Ende 1989 dokumentierte. Zahlreiche französische Beobachter zogen 1989 Parallelen zum historischen Moment von 1871, etwa wenn Jean-François Poncet darauf hinwies, dass man nicht wissen könne, ob Deutschland das Europa Bismarcks oder das von Jean Monnet wolle.

Auch der Umzug von Bonn nach Berlin schien solche tiefsitzenden Ängste zu befeuern. Das begeisterte Echo in der französischen Öffentlichkeit auf die Rede des deutschen Außenministers Joschka Fischer, die er im Mai 2000 an der Berliner Humboldt-Universität hielt und in der er sich emphatisch zur deutschen Politik im Rahmen europäischen Integration bekannte und zudem die Alternative zwischen Vertiefung und Erweiterung zu überwinden suchte, bewies einerseits, dass es möglich war, solche

Befürchtungen zu entschärfen. Dass man in Frankreich andererseits ähnliche Reaktionen auf die europapolitischen Impulse Präsident Macrons gegenüber Deutschland in den letzten Jahren schmerzlich vermisste, zeigt auch eine strukturelle Labilität der Beziehungen.

3. Konkurrenz, Rivalität und Vergleich: Britische Deutschlandbilder seit dem 19. Jahrhundert

In einem Text über die Zeit um 1870 und das verbreitete Bild von Deutschland und den Deutschen in Großbritannien bemerkte der britische Jurist und Historiker Frederic William Maitland 1911, dass es damals üblich gewesen sei, die Deutschen als „unpraktische, verträumte, sentimentale Wesen“ darzustellen, „die mit sanften blauen Augen in eine Wolke aus Musik, Metaphysik und Tabakrauch blicken“. Maitlands Beschreibung des romantischen Charakters der Deutschen stand für eine Interpretation, die in der ersten Hälfte des Jahrhunderts die komplexe politische Realität Deutschlands weitgehend ausgeblendet und auf ein unpolitisches, zeitlich entrücktes Land rekurriert hatte, wie es zumal in der Rheinromantik auftrat.

Diese Vorstellungen veränderten sich seit der Gründung des Nationalstaates 1871. Neben das Bild eines idealistischen, philosophischen und gleichsam verträumten Landes trat im Laufe der kommenden Jahrzehnte der Eindruck eines aggressiven, materialistischen und imperialistischen Militärstaats. Hier deutete sich eine Spaltung des britischen Deutschlandbildes an, das in der britischen

Vorstellung von „two Germanies“ mündete. Die Gründung des Kaiserreichs stabilisierte aus der Sicht der britischen Eliten zwar die Situation auf dem Kontinent, indem sie das Machtvakuum in der Mitte Europas beendete. Doch bedeutete sie zugleich eine tektonische Verschiebung der überkommenen Gleichgewichtsvorstellungen, von der Großbritannien besonders betroffen schien. Für den britischen Premierminister Benjamin Disraeli bedeuteten die Ereignisse von 1870/71 nichts weniger als eine „deutsche Revolution, ein größeres politisches Ereignis als die Französische Revolution des letzten Jahrhunderts“, einer Revolution von oben mit weitreichenden Folgen für das künftige Machtgleichgewicht in Europa.

Doch bis in die 1880er Jahre konnte von einem echten deutsch-britischen Antagonismus keine Rede sein. Vielmehr setzte man in London lange Zeit auf eine Annäherung, zumal der zukünftige Kaiser, Kronprinz Friedrich, und seine Frau Vicky, Tochter von Königin Victoria, eine liberale Orientierung des kleindeutschen Nationalstaates zu versprechen schienen. Vor dem Hintergrund des britischen Selbstbildes einer Pax Britannica, der Aufrechterhaltung des Status quo und des traditionellen Ziels eines europäischen Machtgleichgewichts konnte sich keine ausgeprägte Rivalität entwickeln, solange Deutschland in den Grenzen der von Bismarck idealisierten „saturierten“ Macht ohne weitere expansiven Ambitionen blieb.

Der dramatische Wandel der britischen Wahrnehmung Deutschlands setzte Ende der 1880er Jahre ein, als sich die deutschen Kolonialbestrebungen intensivierten und

nach dem frühen Tod Friedrichs III. mit Wilhelm II. ein Kaiser auf den Thron gelangte, der sehr bald auf einen Konfrontationskurs gegenüber London einschwenkte. Nach Bismarcks erzwungenem Rücktritt 1890 fehlten gegenüber den impulsiven außenpolitischen Initiativen Wilhelms II. wirksame Gegengewichte. Von der Krüger-Depesche 1896, dem forcierten Flottenbauprogramms seit 1897 bis zur Daily Telegraph-Affäre 1908 und den beiden Marokko-Krisen erschien Deutschland in der britischen Presse und in der britischen politischen Elite nun immer öfter als Emporkömmling und gefährlicher Störfaktor in den internationalen Beziehungen.

Aber wie im Falle Frankreichs existierten neben den kritischen Wahrnehmungen in den Jahrzehnten nach 1871 auch andere Leitmotive der britischen Deutschlandbild. Nach 1871 nahm das britische Interesse an der weiteren Entwicklung des Kaiserreichs in dem Maße zu, in dem der Dreiklang aus industriellem, militärischem und politischem Wettbewerb und Vergleichsdruck immer stärker hervortrat. Seine britischen Leser erschreckte Ernest Williams mit seinem 1896 publizierten Buch „Made in Germany“. In der Einleitung betonte er, dass die industrielle Vorherrschaft Großbritanniens sich immer mehr in einen Mythos verwandele, ohne dass man in der englischen Öffentlichkeit die Konsequenzen dieser Entwicklung erfasse. Für Williams diene das Bild Deutschlands als führende Nation des wissenschaftlichen und industriellen Fortschritts als Folie, um das relative Zurückfallen und den Statusverlust Großbritanniens zu kritisieren.

In der britischen Bewunderung für Wissenschaft, Universitäten und Sozialgesetzgebung fungierte Deutschland als Vorbild, das zwar nicht kopiert, aber zumindest ernst genommen werden musste. Dabei lagen Vergleich, implizite Kritik an den britischen Strukturen und Angst vor einem starken deutschen Konkurrenten eng nebeneinander, zumal viele dieser Politikfelder auch mit der Frage der Vorbereitung auf einen künftigen Krieg verknüpft wurden.

Der Ausbruch des Weltkrieges 1914 führte in Großbritannien wie in den USA zu einer massiven Verschlechterung des Deutschlands-Bildes, das mit dem Zweiten Weltkrieg seinen Tiefpunkt erreichen sollte. Im Kulturkrieg der Intellektuellen, der die militärische Auseinandersetzung ab 1914 begleitete, avancierte Großbritannien mit seiner industriellen Leistungskraft und seiner Weltmachtstellung für viele Deutsche zum eigentlichen Hauptgegner. Aus britischer Sicht erschien der Krieg gegen den preußisch-deutschen Autoritarismus als Zivilisationsmission. So verglich der Bischof von London die britischen Soldaten mit Jesus Christus, die einen heiligen Krieg für Freiheit, Ehre und Ritterlichkeit führten. Viele britische Intellektuelle erkannten in dem Krieg einen Kampf zwischen Gut und Böse und betonten, man führe Krieg gegen den preußischen Militarismus. Zugleich unterschied man zwischen dem autokratischen Regime und dem deutschen Volk.

Nach dem Ende des Krieges bemühte sich Großbritannien auf der Pariser Friedenskonferenz darum, die viel wei-

tergehenden französischen Ziele, die auf eine Zerschlagung des deutschen Nationalstaates von 1871 hinausgelaufen wären, einzudämmen. Zumal in seinem Fontainebleau Memorandum vom Frühjahr 1919 warnte der britische Premier Lloyd George vor einer Demütigung der neuen deutschen Republik, die das Land in die Arme der Bolschewiki treiben könne. Britische Politiker forderten früh eine Integration der Weimarer Republik in den Völkerbund, und seit Ende der 1920er Jahre verstärkte sich die britische Kritik an der mit dem Versailler Vertrag verbundenen Nachkriegsordnung. Die durch den Krieg neu entstandenen Probleme des Britischen Empire in Indien und im Nahen Osten führten dazu, dass die britische Politik auf eine ausgewogene europäische Friedensordnung setzte, was einen Ausgleich mit dem Deutschen Reich nahelegte. Während in Frankreich mindestens bis 1923 ein eigener Revisionismus dominierte, entwickelten sich Forderungen nach einem „Changing Versailles“ und einer Entlastung Deutschlands von den übertriebenen Hypotheken des Versailler Vertrags. Exemplarisch dafür war die Argumentation des Ökonomen John Maynard Keynes, der den Friedensschluss aus wirtschaftlicher Perspektive hart kritisierte. Auch viele Liberale und Labour-Anhänger sprachen von einem „Karthago-Frieden“.

Von hier aus entwickelte sich gerade bei vielen Konservativen bis in die späten 1930er Jahre ein wieder positiveres Deutschland-Bild, das an der Idee der „two Germanies“ anknüpfte und mit dem man einen umfassenden Ausgleich zwischen deutschen Interessen auf dem europäischen Kontinent und britischen Einflusszonen in der Welt

anstrebte. Diese Haltung trug erheblich zum „appeasement“ der britischen Führung gegenüber der nationalsozialistischen Aggressionspolitik bei. Aber sie provozierte auch scharfe Kritik. So lehnte der zunächst politisch isolierte Winston Churchill Konzessionen gegenüber einem auf einen Krieg zusteuernenden Deutschland ab, während der britische Diplomat Robert Vansittart noch vor der Erfahrung des „Blitzkrieges“ und der Bombardierung britischer Städte scharfe antideutsche Stereotype polemisch zuspitzte und gleichzeitig den aggressiven Grundtenor des Nationalsozialismus analysierte. Deutschland müsse, so Vansittart, politisch, militärisch und wirtschaftlich eingedämmt werden. Nicht „conciliation“, sondern „containment“ lautete sein Credo.

Angesichts der britischen Kriegserfahrungen dominierten solche Deutschland-Bilder zunächst die Phase nach 1945. Das für Mitglieder der britischen Kontrollkommission in Deutschland entworfene Memorandum „The German Character“, das die Grundlage für die geplante Umerziehung der Deutschen bilden sollte, hob allerdings weniger auf die klassischen Negativstereotype wie den Militarismus preussischer Prägung ab, sondern stellte übertriebene Fügsamkeit, Unterwürfigkeit und Obrigkeitshörigkeit der Deutschen gegenüber dem „Vater Staat“ in den Vordergrund. Besonderen Einfluss gewann vor diesem Hintergrund die unterstellte Neigung der Deutschen zu Extremen, so zumal in A. J. P. Taylors Darstellung „The Course of German History“ von 1945. Deutschland kenne, so Taylor, weder Maß noch Mitte und habe in seiner Geschichte niemals so etwas wie Normalität hervorgebracht. „Deutsch“ erschien

als Synonym für eine Abfolge historischer Extreme: sei es Frömmigkeit, Empfindsamkeit oder kriegerische Aggression.

Einige dieser Bilder vom Charakter der Deutschen reichten bis zum Geheimprotokoll vom 24. März 1990, das Ergebnis des von der damaligen Premierministerin Margaret Thatcher einberufenen Treffens von Deutschland-Experten war, um über die britischen Reaktionen auf die absehbare Wiedervereinigung Deutschlands zu beraten. Das Memorandum sprach von der „mangelnden Sensibilität der Deutschen den Gefühlen anderer gegenüber“, von „Selbstbezogenheit“, einem „starken Hang zu Selbstmitleid“ und dem „Verlangen, geliebt zu werden“.

Auch seit 1989/90 lässt sich in den britischen Blicken auf Deutschland noch ein Nachhall der Erzählung der „two Germanies“ erkennen. So sprach David Marsh, Bonner Chefkorrespondent der Financial Times, in seinem Buch „Deutschland im Aufbruch“ 1991 von einer regelrechten Janus-Köpfigkeit und einem Pluralismus der Deutschlandbilder, in dem neben der Ordnungsliebe und Disziplin auch der Hang zur Überorganisiertheit und das grüblerische Selbstmitleid stehe. Die zunächst in den politischen Eliten verbreitete Angst vor einem „Vierten Reich“ mutierte in den 1990er Jahren allerdings zu einer ausgeprägten Skepsis gegenüber dem „kranken Mann Europas“, der in den 1990er Jahren mit Reformstau und wirtschaftlichen Krisen konfrontiert war.

Aus der Perspektive der Gegenwart relativieren sich die

historischen Rhythmen solcher Wahrnehmungsmuster. Nach dem Brexit markiert der Deutsch-Britische Freundschaftsvertrag vom Juli 2025 eine neue Phase. Im Kontext der Rückkehr des Krieges durch die russische Aggression gegen die Ukraine und der Erosion der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft spricht viel für eine neue Partnerschaft nach Jahrzehnten von Bewunderung, Konkurrenz und Rivalität zwischen Deutschland und Großbritannien, nämlich als Teil der Suche nach einer neuen europäischen Sicherheitsordnung.

4. Von der entfernten Verwandtschaft zum Auslaufen der transatlantischen Sicherheitsgarantie: Amerikanische Wahrnehmungen Deutschlands

Um 1900 und in den Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs betonten deutsche wie amerikanische Zeitgenossen immer wieder strukturelle Ähnlichkeiten zwischen beiden Mächten. Das Deutsche Reich von 1871 wie die Vereinigten Staaten erschienen am Ende des 19. Jahrhunderts als neue aufsteigende Akteure der internationalen Politik, die seit den 1890er Jahren auch dezidiert imperiale Ambitionen verfolgten. Zudem trugen beide Gesellschaften mit ihren modernen Industrien maßgeblich zur Entwicklung globaler Märkte bei. Der deutsch-amerikanische Schriftsteller August Julius Langbehn hob darüber hinaus 1890 das Muster der kontinentalen Expansion in den USA wie in Deutschland hervor: „Nordamerika ist eine niederdeutsche Siedelung nach Westen, Preußen eine solche nach Osten hin“. Gerade die wirtschaftliche Dynamik falle ins Auge,

wenn man beide Gesellschaften beobachte. „Rastloser Geschäftsgeist“ kennzeichne „den Anwohner der Spree wie den des Hudson“, in beiden Gesellschaften zeige „sich ein Hasten und Jagen nach mannigfachen Bildungserlebnissen“, und selbst Berlin als neue Hauptstadt des deutschen Nationalstaats von 1871 sei „nordamerikanisch“ darin, „dass ein bedeutender Bruchtheil seiner Einwohnerschaft stets aus Zugewanderten bestehe“.

In den politischen und wissenschaftlichen Eliten fiel der Blick auf Deutschland weitaus differenzierter aus, und wie in Frankreich und Großbritannien entwickelte sich auch in den Vereinigten Staaten nach 1871 ein positiv konnotierter Deutschland-Diskurs, der auf die Moderne und Reformkraft des neuen Nationalstaates rekurrierte. Viele Liberale in den Vereinigten Staaten sahen sich vor der Herausforderung, die klassische liberale Agenda individueller Freiheit angesichts dramatisch veränderter Umstände fortzuentwickeln. Obwohl der traditionelle Fokus des britischen Liberalismus auf Freihandel und möglichst uneingeschränkte Marktkräfte in den Vereinigten Staaten weiterhin einen wichtigen Orientierungspunkt bildete, entwickelte sich dort auch eine Variante des sozialen Liberalismus, die sich stark an Deutschland anlehnte. Intellektuelle wie John Commons, Richard Ely und Edward Ross hielten zwar an den Grundwerten der individuellen Freiheit, Chancengleichheit und sozialen Gerechtigkeit fest. Aber Im Gegensatz zu einer älteren Generation stellten sie die traditionelle staatskritische Ausrichtung infrage und befürworteten einen proaktiven

und interventionistischen Staat. Dabei verwiesen sie demonstrativ auf den sozialen Liberalismus in Deutschland, wie er von Adolph Wagner, Gustav Schmoller und Ludwig von Brentano sowie im 1872 gegründeten „Verein für Sozialpolitik“ repräsentiert wurde.

Der zum Teil ausgeprägten Faszination in den USA für die Innovationskraft Deutschlands vor 1914 folgte im Zeitalter der Weltkriege und im Kalten Krieg gegenüber der DDR ein scharfer Wettlauf und Antagonismus. Nach dem Ersten Weltkrieg und der gescheiterten amerikanischen Ratifizierung des Versailler Vertrags und der Völkerbundakte zogen sich die USA politisch nicht einfach aus Europa zurück, wie ihre wirtschaftliche Macht und ihr fiskalischer Einfluss vom Dawes-Plan über den Young-Plan bis zum Hoover-Moratorium unterstrichen. Dennoch fiel der Unterschied zwischen den Nachkriegszeiten nach 1918 und 1945 auf. Denn im Zeichen des aufziehenden Kalten Krieges, vor dem Hintergrund des New Deal und der massiven Expansion des amerikanischen „super-state“ im Zweiten Weltkrieg waren die USA nach 1945 anders als nach 1918 in der Lage, Westeuropa wirtschaftlich zu unterstützen und die neu gegründete Bundesrepublik politisch, kulturell und schließlich auch militärisch in den Westen zu integrieren. Luftbrücke und Währungsreform, Marshall-Plan, Wiederbewaffnung und NATO-Mitgliedschaft wurden so zu Kennzeichen einer transatlantischen Sonderbeziehung.

In ihr schienen die Demokratisierung der Deutschen im westdeutschen Teilstaat, der doppelte Stabilitätserfolg der bundesdeutschen Kanzlerdemokratie und der sozialen

Marktwirtschaft sowie die Garantie der äußeren Sicherheit eng aufeinander bezogen.

Viele Amerikaner hatten die unterschiedlichen historischen Anläufe zur nationalen Einheit der Deutschen begrüßt, sei es im Zeichen der Revolution von 1848/49, nach der viele Exilanten in den USA eine neue Heimat fanden, unter kleindeutsch-preußischer Führung 1871 oder wieder 1989/90. Die Aussicht auf nationale Einheit, Freiheit und Selbstbestimmung der Deutschen führte in den USA 1989/90 nicht nur zu wirkungsvoller politischer Flankierung des Wiedervereinigungsprozesses durch das Weiße Haus und Präsident George Bush, sondern zu ehrlicher Empathie und Mitfreude vieler Amerikaner über den Fall der Mauer. Zugleich endete 1989 mit dem Auslaufen des Kalten Krieges die amerikanische Prämisse der doppelten Eindämmung: „to keep the Soviets out, the Americans in, the Germans down“. Zunächst dominierte nach 1989/90 die Hoffnung auf das wiedervereinigte Deutschland als Demokratie westlich-transatlantischer Prägung, als eine Art Mimikry der USA auf dem europäischen Kontinent.

Dieses stark idealisierende amerikanische Deutschland-Bild lief auf ein freiheitliches, friedliches, föderal verfasstes, protestantisch geprägtes Land ohne europäisch-kontinentale oder gar globale Expansionsambitionen hinaus, das die welthistorische Mission der USA, die globale Entfaltung von Freiheit, unterstützen sollte. Fremdbild und Selbstwahrnehmung waren hier besonders eng aufeinander bezogen. Das knüpfte aus amerikanischer

Sicht an einem ungebrochenen Fortschrittsnarrativ und einem politisch konnotierten Providentialismus an. Schon im 19. Jahrhundert waren die Vereinigten Staaten vielen staatslosen Nationen wie Griechenland, Italien, Polen und Irland mit viel Sympathie begegnet. Das setzte sich unter Präsident Woodrow Wilson ab 1917 fort und katalysierte das Ende der autoritären Empires auf dem europäischen Kontinent 1918.

Vor diesem Hintergrund hing der amerikanische Blick auf Deutschland wesentlich davon ab, ob das Land diesem Idealtypus entsprach oder nicht. Entsprechend negativ fiel das Urteil 1918 aus, und erst die demokratische Republik Weimars besiegelte die für die USA geschichtsnotwendige Überwindung des wilhelminischen Autoritarismus. 1945 konnte es angesichts der Opfer und Verbrechen des deutschen Krieges und der Shoa aus amerikanischer Sicht keinen klassischen Friedensvertrag mehr mit Deutschland geben, sondern nur das Instrument der „unconditional surrender“. 1945 markierte daher nicht nur das Ende des nationalsozialistischen Regimes, sondern auch klassischer deutscher Staatlichkeit. Doch im Kern und im Gegensatz vor allem zu Frankreich stellten die Vereinigten Staaten zu keinem Zeitpunkt, weder 1918 noch nach 1945 und auch nicht 1989/90 die Idee eines geeinten, demokratisch verfassten und selbstbestimmten Deutschland infrage.

Einschnitte für die deutsch-amerikanischen Beziehungen und die in ihnen geprägten Wahrnehmungsmuster bildeten in dieser Perspektive zunächst die Auseinandersetzung mit den Kriegen der USA nach 1945, vor allem in Korea

und Vietnam, die scharfe Debatte um die atomare Nachrüstung seit dem Ende der 1970er Jahre und dann vor allem der Krieg der USA gegen den Irak 2003. Die hier aufscheinende Kluft zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten kommentierte der konservative Publizist Robert Kagan mit dem suggestiven Bild, nach dem die Amerikaner „vom Mars“, die Europäer aber „von der Venus“ stammten. Gingen die Amerikaner zumal seit der Erfahrung von 9/11 von einem Blick auf die Welt als Kampf aller gegen alle aus, schienen viele Europäer und zumal die Deutschen selbstverliebt, machtvergessen und dem Traum eines universellen Friedens durch Vernunft nach dem Ideal Immanuel Kants verschrieben. Diese Vorstellungen ließen sich suggestiv durch die Gegensätze zwischen Selbstbehauptung und Untergang, Realitätssinn und Friedensutopie, Macht und Ohnmacht zuspitzen.

Im Kontrast zur Phase um 1900 wirken Deutschland und die Vereinigten Staaten in der Gegenwart nicht mehr wie entfernte Verwandte mit strukturellen Analogien. Zu dieser Differenz trägt zunächst bei, dass das traditionelle Selbstbild der USA als Garant der transatlantischen Sicherheitsstruktur erodiert ist und der amerikanische Fokus sehr viel eher auf dem Pazifik und einer künftigen Auseinandersetzung mit China liegt, was mit einer relativen Statusabwertung Europas einhergeht. Strukturelle Unterschiede kommen hinzu: Hinsichtlich des Stellenwerts von Religion sind die USA heute das heute am meisten religiös geprägte westliche Industrieland, während im Blick auf die Demographie die europäischen Gesellschaften mit sinkenden Raten konfrontiert sind, während die

USA noch über eine demographische Dynamik verfügen. Allerdings sinkt in Kombination mit der Einwanderung aus Mittel- und Südamerika sowie Asien der Anteil der weißen Bevölkerung in den USA.

Jede Analyse amerikanischer Wahrnehmungen Deutschlands finden heute im Kontext einer neuartigen Krise der Demokratie statt. Obwohl deutsche und amerikanische Industriezweige vielfach miteinander verflochten sind und weder an der Präsenz amerikanischen Populärkultur noch der Relevanz neuer internetbasierter Technologien aus den USA zu zweifeln ist, gibt es keine selbstverständliche Fortschreibung der nach 1945 entwickelten Beziehungsmuster. Von einer selbstverständlichen Partnerschaft im Zeichen des liberalen Verfassungsstaates, der parlamentarischen Teilhabe und einer Garantie der äußeren Sicherheit kann so jedenfalls spätestens in der zweiten Präsidentschaft von Donald Trump keine Rede mehr sein. Dazu gehört, dass eine „deutsche Position“ oder deziert „deutsche Interessen“ ohne weiteres kaum mehr auszumachen sind, sondern in den Prozess der europäischen Integration eingeordnet werden müssen. Der amerikanische Blick auf Deutschland ist insofern immer zugleich ein Blick auf Europa, und das heißt auf die Spannung zwischen kontrovers diskutierten Souveränitätstransfers in Europa und dem Prinzip nationaler Souveränität und weitgehend unbeschränkter Handlungsmacht in den USA. Jede US-Deutschlandpolitik ist eng verknüpft mit amerikanischen Urteilen über England, Frankreich oder Russland.

5. Ausblick: Der Blick auf Deutschland und die Zukunft des Westens

Französische, britische und amerikanische Blicke auf Deutschland waren seit dem 19. Jahrhundert niemals statisch. Sie erschöpften sich auch nicht in bloßer Wahrnehmung des einen durch den anderen. Die politische Dimension einer solchen Imagologie ergab und ergibt sich vielmehr aus der Verflechtung zwischen Fremd- und Eigenbildern. Bilder des jeweils anderen waren eingebettet in komplexe Verflechtungsgeschichten, in denen sich Faszination und Abstoßung, Rivalität und Vergleich immer wieder überlagerten.

Vier Leitmotive erwiesen sich als besonders langlebig und reichen zum Teil bis in die Gegenwart. Dazu zählen *erstens* der Umgang mit der deutschen Frage, also mit den deutschen Anläufen zu nationalstaatlicher Einheit 1848 und 1871, sowie die damit verknüpfte Frage nach der Zukunft des deutschen Nationalstaates nach den Kriegsenden 1918 und 1945 und erneut 1989/90. Gerade die Wiedervereinigung provozierte in den europäischen Gesellschaften und zumal in Frankreich und Großbritannien im Gegensatz zu amerikanischen Reaktionen noch einmal ältere Ängste vor einer wenn nicht mehr hegemonialen, so doch potenziell dominanten Position Deutschlands in der Mitte des Kontinents.

Zweitens entwickelten sich in Frankreich wie in Großbritannien und den Vereinigten Staaten charakteristische

Doppelnarrative und binäre Wahrnehmungen, wie sie exemplarisch in Madame de Staëls Unterscheidung zwischen katholischem Süden und protestantischem Norden oder in der britischen Vorstellung der „two Germanies“ auftraten. Damit ließen sich die für viele Zeitgenossen widersprüchlichen Erfahrungen mit Deutschland artikulieren, sei es die Spannung zwischen Autoritarismus und Modernismus, zwischen Militarismus und Reformvorbild, die auch den Blick auf Preußen prägten. Dazu gehörten auch die Differenz zwischen deutscher Führung und den Deutschen als fehlgeleitetes Volk oder die Unterscheidung zwischen Deutschland und Preußen nach 1945. In gewisser Weise schloss sich hier der Diskurs über das seit den 1950er Jahren und erst recht nach 1989 neu thematisierte Missverhältnis zwischen wirtschaftlichem Potenzial und politischer Machtposition einerseits und fehlender militärischer Verantwortung Deutschlands andererseits an.

Drittens lassen sich bei allen hier skizzierten Konvergenzen auch spezifische Akzente diagnostizieren. Der Bilateralismus der deutsch-französischen Beziehungsgeschichte war und ist viel stärker von emotionalen Konnotationen, Bildern und Symbolen geprägt als im Falle britischer und amerikanischer Blicke auf Deutschland und die Deutschen. Das spiegelte eine besondere Intensität des gegenseitigen Vergleichs und des Konflikts wider, die zunächst in zwei Weltkriegen kulminierte und dann in eine spannungsreiche Geschichte von Annäherung und Versöhnung überführt wurde. Die öffentliche und mediale Erwartung von besonderen Gesten und symbolischer Kommunikation ist für die deutsch-französischen Beziehungen bis

heute ein Leitmotiv. Je komplizierter und vielgestaltiger sich der europäische Integrationsprozess entwickelt, je unübersichtlicher sich die internationalen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges und im Zeichen neuer globaler Konflikte darstellen, desto größer scheint zuweilen das Bedürfnis nach einer Form der emotionalen Selbstversicherung und einer bilateralen Personalisierung von Politik zu sein, wie man sie von der deutsch-französischen Beziehung erwartet.

Viertens schließlich spielt nach den Erfahrungen mit den aggressiven globalen und kontinentalen Expansionsversuchen Deutschlands im 20. Jahrhundert die nach 1945 gelungene Einbindung Deutschlands in das europäische Projekt eine entscheidende Rolle. Sie dämpfte letztlich auch die Befürchtungen vor einer von Deutschland noch einmal ausgehenden Gefahr im Kontext des Umbruchs von 1989/90. Daraus resultiert aber auch eine neue Problematik, denn was der europäisch und transatlantische „Westen“ noch sein kann, ist in der Gegenwart mindestens unsicher geworden. Es ist kein Zufall, dass sich angesichts der globalen Konflikte und der sicherheitspolitischen Neuorientierung der Vereinigten Staaten von der transatlantischen auf die pazifische Region die Debatte um Europas Zukunft und die Wertegemeinschaft des Westens als normatives Projekt intensiviert hat.

Die Rückkehr des Krieges nach Europa durch den russischen Angriff auf die Ukraine wirkt vor diesem Hintergrund als mehrfache Zäsur, und gerade für die Bundesre-

publik sind seit 2022 gleich mehrere überkommene Sicherheiten verloren gegangen. Das betrifft zunächst das Selbstbild der Bundesrepublik als pazifistischer Handelsstaat, als Brücke zwischen West und Ost, als Akteur mit einer historischen Sonderbeziehung zwischen Berlin und Moskau.

Die Zäsur betrifft aber auch direkt das zentrale Projekt der europäischen Integration – und damit einen entscheidenden Faktor, der es nach der Erfahrung von zwei Weltkriegen erlaubte, Deutschland und den Deutschen anders zu begegnen als nach 1871, 1918 oder 1945. Angesichts der Erschöpfung nach zwei Weltkriegen gelang es, den historischen Konfliktraum Kontinentaleuropas dauerhaft zu befrieden. Dieser Prozess erlaubte es nach 1945, die Bundesrepublik einzubinden, in den 1970er Jahren den Übergang Griechenlands, Spaniens und Portugals von autoritär-diktatorischen Regimes in stabile Demokratien zu ermöglichen und schließlich seit 1989/91 viele ost- und südosteuropäische Staaten in diese Ordnung einzubinden und damit den Kalten Krieg friedlich und mit einer positiven Zukunftsverheißung zu beenden.

Aber die Grenzen dieses Friedensprojekts traten seit den 1990er Jahren nach außen und innen immer deutlicher hervor: in der neuen weltweiten Systemkonkurrenz autoritärer und populistischer Regime, in den Krisen um den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, in den Konflikten um die Anwendung demokratischer und rechtsstaatlicher Normen in Polen und Ungarn und schließlich

in den neuen Gewalträumen, im Zerfallsprozess des ehemaligen Jugoslawien, im Nahen Osten, in Nordafrika und schließlich in der Ukraine.

Von hier aus gerät schließlich auch die Selbstinterpretation des europäisch-transatlantischen Westens unter Druck, sei es in der Erschütterung der liberalen Fortschrittsidee, die noch 1989/91 das Ende der Geschichte einzuläuten schien und nun mit einem neuen Zivilisationsbruch herausgefordert ist, oder in der Erosion regelbasierter internationaler Beziehungen. Damit aber stehen wir in der Gegenwart vor einer ganz neuen Konstellation, aus der sich auch neue Blicke auf Deutschland ergeben werden, wie die dringende Erwartung nach einer europäisch eingebetteten Führungsrolle Deutschlands im Bereich der Sicherheitspolitik beweist.